

**Deutschland – Öffentlicher Schienentransport/öffentliche Schienenbeförderung –
Vergabeverfahren ‚die euregiobahn‘ (RB 20)
OJ S 157/2025 19/08/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Zweckverband go.Rheinland

E-Mail: spnv-vergabeverfahren@gorheinland.com

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabeverfahren ‚die euregiobahn‘ (RB 20)

Beschreibung: Gegenstand dieser Vergabe sind Verkehrsdienstleistungen im SPNV im Zuständigkeitsbereich des Zweckverbandes go.Rheinland auf der Basis eines Bruttoverkehrsvertrages für die ‚die euregiobahn‘ (RB 20) ab dem internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2031, voraussichtlich am 14.12.2031. Der Verkehrsvertrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren, vsl. beginnend am 14.12.2031 und vsl. endend am 08.12.2046. Der Vertragsbeginn ist insbesondere abhängig vom Fortschritt der Elektrifizierung auf dem Netz der EVS EUREGIO Verkehrsschienennetz GmbH (EVS) sowie den Beschaffungszeiträumen für neue Elektrotriebzüge. Insofern wird die zeitliche Inbetriebnahme mit Blick auf die fortlaufenden Gespräche mit der EVS und mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen erörtert werden und im Vorgriff auf das finale Angebot festgelegt werden. Die Leistungen auf der ‚die euregiobahn‘ (RB 20) setzen sich aus folgenden Linienabschnitten zusammen: Stammlinie 1: (Euskirchen –) Düren – Langerwehe – Eschweiler Talbahn – Stolberg Hbf – Aachen Hbf – Herzogenrath – Alsdorf-Annapark – Stolberg Hbf und Stammlinie 2: Stolberg-Breinig – Stolberg Hbf – Aachen Hbf – Herzogenrath – Alsdorf-Annapark – Alsdorf-Mariagrube (– Aldenhoven-Siersdorf). Die Verkehrsdienstleistungen umfassen zu Beginn der Vertragslaufzeit (Betriebsprogramm 1) rund 1,7 Mio. Zkm pro Normjahr. Voraussichtlich ab dem internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2033 (Betriebsprogramm 2) soll die Stammlinie 2 bis Aldenhoven-Siersdorf verlängert werden, hierdurch entstehen weitere rund 0,1 Mio. Zkm pro Normjahr zusätzlich. Voraussichtlich ab dem internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2035 (Betriebsprogramm 3) soll die Stammlinie 1 bis Euskirchen, nach Abschluss der Elektrifizierung der ‚Eifel-Bördebahn‘ durch die Rurtalbahn GmbH, verlängert werden. Hierdurch steigert sich das Angebot auf rund 2,2 Mio. Zkm pro Normjahr. Die Elektrifizierung des Netzes der EVS soll sukzessive wie folgt fertiggestellt werden: ‚Ringbahn‘ (Herzogenrath – Stolberg (Rheinl) Hbf inkl. Abzweig Alsdorf-Kellersberg – Alsdorf Mariagrube) vsl. Dezember 2029, ‚Talbahn‘ (Stolberg (Rheinl) Hbf – Langerwehe) vsl. Dezember 2031, ‚Strecke 2572‘ (Stolberg (Rheinl) Hbf – Stolberg-Altstadt) vsl. Dezember 2033, ‚Strecke 2572‘ (Stolberg-Altstadt – Stolberg-Breinig (– Bundesgrenze)) vsl. Dezember 2033 bzw. Dezember 2035 und ‚Strecke 2556‘ (Alsdorf Mariagrube – Aldenhoven-Siersdorf) vsl. Dezember 2033 bzw.

Dezember 2035. Auf den jeweils elektrifizierten Abschnitten und spätestens ab Dezember 2035 auf dem gesamten Netz des EVS sind elektrisch betriebene Neufahrzeuge einzusetzen. Die Leistungen auf den noch nicht elektrifizierten Abschnitten sind mit fahrleistungsunabhängigen Gebrauchtfahrzeugen zu erbringen.

Kennung des Verfahrens: 4cb0cc1d-84ab-4128-85af-93bd1231910d

Vorherige Bekanntmachung: 258401-2025

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 60210000 Öffentlicher Schienentransport/öffentliche Schienenbeförderung

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Städteregion Aachen (DEA2D)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1. Das vorliegende europaweite Vergabeverfahren ist ein zweistufiges Verfahren. Die 1. Stufe ist der Teilnahmewettbewerb, die 2. Stufe das eigentliche Verhandlungsverfahren, an dem nur noch die ausgewählten Bewerber teilnehmen. 2. Der Bewerber muss seinen Teilnahmeantrag unter Nutzung des Teilnahmeantragsformulars (TB, Anlage 1) und ggf. ergänzender Unterlagen einreichen. Dieses Teilnahmeantragsformular ist im eVergabeportal kostenlos verfügbar. 3. Der Teilnahmeantrag ist elektronisch in Textform gemäß § 126b BGB im PDF-Format im Vergabeportal hochzuladen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - Wettbewerbliches Ausschreibungsverfahren gemäß Artikel 5 Abs. (3) VO (EG) Nr. 1370 /2007 in Verbindung mit §§ 131 Abs. (1), 119 Abs. (5) GWB, § 17 VgV

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Betrug: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme des Bewerbers in Form einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung dem Teilnahmeantrag beizufügen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme in Form einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Korruption: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme in Form einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme in Form einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme in Form einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme in Form einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Die Bieter haben auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art sie wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vertragsverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Vergabeverfahren ‚die euregiobahn‘ (RB 20)

Beschreibung: Vergabe von Verkehrsdienstleistungen im SPNV für die ‚die euregiobahn‘ (RB 20) auf der Basis eines Bruttoverkehrsvertrages.

Interne Kennung: E28182194

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 60210000

Öffentlicher Schienentransport/öffentliche Schienenbeförderung

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Städteregion Aachen (DEA2D)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 14/12/2031

Enddatum der Laufzeit: 08/12/2046

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:startup#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung: Der Bewerber legt folgende Nachweise vor: Kopie (nicht älter als 3 Monate) der Eintragung im Handels- oder Berufsregister; Kopie einer gültigen Zulassung nach § 6 AEG; Kopie einer gültigen Sicherheitsbescheinigung nach § 7a Abs. (1) AEG; ggf. einen Nachweis aus dem hervorgeht, wie die Zulassung als EVU samt erforderlicher Erlangung der Sicherheitsbescheinigung bis zur Betriebsaufnahme erlangt werden soll; ggf. Erklärung zum unmittelbaren oder mittelbaren kommunalen Anteilseigner; ggf. Darlegung der kommunalrechtlichen Zulässigkeit;

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung: Der Bewerber erklärt mit dem Teilnahmeantrag, dass die Anforderungen des § 6c AEG über die gesamte Laufzeit des Vertrages erfüllt werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag eine Referenz über einen Verkehrsdienstleistungsauftrag im SPNV mit einer Vertragslaufzeit von mindestens 5 Jahren (Erfüllungsort Deutschland) vor. Bei diesem kann es sich entweder um einen zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrages laufenden Verkehrsdienstleistungsauftrag (Betriebsaufnahme bereits erfolgt und vollständige Laufzeit noch nicht abgeschlossen) oder um einen abgeschlossenen Verkehrsdienstleistungsauftrag, bei welchem das Vertragsende zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags nicht länger als 2 Jahre zurückliegt, handeln. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Qualitätskriterium - Name: Konfiguration / Gewichtung; Abschlag: bis zu 9,9

Mio. € Qualitätskriterium - Name: Lärm / Gewichtung; Abschlag: bis zu 3,3 Mio. €

Qualitätskriterium - Name: Layout / Gewichtung; Abschlag: bis zu 3,9 Mio. € Kostenkriterium: wertungsrelevanter Preis / Gewichtung: siehe Vergabeunterlagen (BB)

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: siehe Vergabeunterlagen (BB)

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E28182194>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 18/09 /2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E28182194>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 15/09/2025 12:00:00 (UTC+2) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Im Falle einer Nachforderung wird der Zweckverband go.Rheinland kurzfristig und unter Fristsetzung zur Nachreichung bzw. Vervollständigung auffordern. Ein Anspruch des Bewerbers hierauf besteht nicht. Wird eine gesetzte Frist nicht eingehalten, wird der Teilnahmeantrag von der Wertung ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße gegen vergaberechtliche Bestimmungen sind durch den Bieter innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach Kenntnisnahme des Verstoßes gegenüber dem SPNV-Aufgabenträger zu rügen, § 160 Abs. (3) Nr. 1 GWB.

Vergaberechtsverstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind gemäß § 160 Abs. (3) Satz 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Auftragsbekanntmachung genannten Teilnahmefrist gegenüber dem SPNV-Aufgabenträger zu rügen. Vergabeverstöße, die für den Bieter aufgrund der Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind gemäß § 160 Abs. (3) Satz 1 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist gegenüber dem SPNV-Aufgabenträger zu rügen. Das im Dokumentenbereich zur Verfügung gestellte Formblatt soll hierfür verwendet werden. Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens muss innerhalb einer Frist von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der genannten Stelle eingereicht werden. Dazu wird auf die Vorschriften der §§ 160 ff. GWB verwiesen. Bei Nichteinhaltung der genannten Fristen ist ein Antrag unzulässig. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. (1) Nr. 2 GWB. § 134 Abs. (1) Satz 2 GWB bleibt unberührt.

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Zweckverband go.Rheinland

Registrierungsnummer: 05315-39001-45

Postanschrift: Deutzer Allee 4

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50679

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

E-Mail: spnv-vergabeverfahren@gorheinland.com

Telefon: +49 221 208080

Internetadresse: <https://www.wir.gorheinland.com/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland

Registrierungsnummer: DE812110859

Postanschrift: Zeughausstraße 2-8

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50667

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telefon: +49 221 1473045

Fax: +49 221 1472889

Internetadresse: <https://www.bezreg-koeln.nrw.de/themen/wirtschaft-und-kultur/vergabekammer-rheinland>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: f120799b-0e7b-44af-8076-c4f210823bde - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 14/08/2025 16:34:04 (UTC+2) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 541468-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 157/2025

Datum der Veröffentlichung: 19/08/2025